Landeshauptstadt
Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 1329/2015 der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Unterbringung von Flüchtlingen in Liegenschaften des Bundes (GRÜNE)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wurde bei den zuständigen Bundesbehörden bereits nach freistehenden Gebäuden in der Kurzmainz-Kaserne gefragt? Wenn ja, welche Antwort gaben die zuständigen Behörden? Wenn nein, aus welchem Grund wurde dieses Gelände nicht angefragt?

Die Verwaltung hat die Bundesbehörden gebeten, der Stadt alle potenziellen Flächen und Gebäude zu nennen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden können. Das Gelände der Kurmainz-Kaserne wurde durch den Bund zunächst nicht thematisiert da die Kurmainz-Kaserne noch in Zuständigkeit der Militärverwaltung steht. Der Oberbürgermeister hat dennoch im persönlichen Gespräch mit dem Standortältesten die Möglichkeit der Nutzung von Teilen oder Teilflächen der Kurmainz-Kaserne erörtert. Eine Nutzung durch die Stadt Mainz wurde mit der Begründung abgelehnt, die Kaserne werde nach wie vor militärisch genutzt. Außerdem sind hier nach wir vor Ersatzgebäude für aus der GFZ-Kaserne zu verlagernde Bundeswehreinheiten vorgesehen.

2. Wurden bereits Gebäude auf dem Gelände der Kurmainz-Kaserne geprüft? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Vor oben dargestelltem Hintergrund konnte eine Prüfung der Gebäude nicht erfolgen.
Die Verwaltung hat weiterhin großes Interesse an einer Prüfung, da offensichtlich zumindest Teile der Kasernen-Gebäude (auch Unterkunftsgebäude) zurzeit leer stehen, die evtl. als Unterkünfte für Flüchtlinge geeignet sein könnten.

3. Nach welchen Liegenschaften hat die Stadt Mainz bei den zuständigen Bundesbehörden gefragt? Welche Antwort gaben die Bundesbehörden?
4. Wurde bei den Bundesbehörden nachgefragt, ob die Nutzung von Grundstücken des Bundes zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften durch die Stadt Mainz möglich wäre? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Die Verwaltung hat mit der BImA über alle denkbaren Liegenschaften des Bundes im Mainzer Stadtgebiet im Hinblick auf eine Nutzung zur Flüchtlingsunterbringung gesprochen.

Daraufhin wurden der Stadt Mainz konkret die Verwaltungsgebäude in der GFZ-Kaserne durch den Bund angeboten. Hier prüft die Verwaltung zurzeit, insbesondere unter Berücksichtigung der zu erwartenden Investitionskosten, intensiv die Möglichkeit der Herrichtung als Flüchtlingsunterkünfte. Auch wurde durch den Bund die Nutzung von Gebäuden der sogenannten Housing-Area in Mainz-Gonsenheim in Aussicht gestellt. Die Verwaltung hat die Nutzungsmöglichkeit inzwischen geprüft. Die Gebäude sind zur Unterbringung gut geeignet und die Verwaltung hat ein hohes Interesse an der Anmietung. Die endgültige Rückmeldung des Bundes hierzu steht noch aus.

Ein weiteres Gelände in der Mombacher Straße wurde ebenfalls durch den Bund angeboten. Die Gebäude sind jedoch nicht geeignet. Zurzeit wird geprüft, ob alternativ auf den Flächen Unterbringungsmöglichkeiten errichtet werden könnten. Hier sind insbesondere bauordnungsrechtliche Fragestellungen noch zu klären.

Mainz, 14. Juli 2015

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister